

englische Kritiker fragt sich nachdenklich, ob es nicht am Ende seine Richtigkeit damit hat.

Für die meisten von Sidney Webb's Freunden in der Labour Party mag freilich diese Angelegenheit einfacher liegen. Warum soll Labour nicht ebenso gut seine Peers haben wie die anderen, ebenso viel Peers wie die anderen, mehr Peers. Auch das ist schließlich ein zeitgemäßer Kommentar zu dem Ereignis „Lord Webb“. Offen gestanden, Labour neigt ein wenig dazu, solche Dinge erst zu nehmen, als sich mit der Grazie einer jungen Partei verträglich, sicher auch erst, als MacDonalds Minister für die Dominions sie nimmt. Und deshalb möchte ich diese etwas zu lange Geschichte von Sidney Webb's Kränlein mit der glücklichweise viel kürzeren Geschichte von George Lansbury's Zylinderhut beschließen. Sie ist so gesund. George Lansbury, den MacDonald zu seinem Minister für öffentliche Arbeiten gemacht hat, mußte mit dem ganzen Kabinett nach Schloß Windsor, um dem König die Hand zu küssen. Als er gerade wieder nach London abfahren wollte, tippte ihm jemand mit dem Finger auf den Hut: „Hallo, George, wie fühlst du dich in deinem ersten Zylinder?“ — „Irrtum“, sagte George, „ich hatte schon einen bei meiner ersten Kindtaufe auf. Aber das Baby bekam Angst und schrie, bis ich ihm den Zylinder zum Spielen gab. Es hat eine Concertina daraus gemacht.“

F. Landscholdt.

Konkordat und Staatsrat

Ein Regierungskonflikt in Preußen?

Berlin, 20. Juni.

Wie es scheint, bestehen zwischen dem preussischen Staatsrat und der preussischen Regierung erhebliche Gegensätze hinsichtlich der Art und des Tempos bei der Behandlung des Konkordatsentwurfs. Der Staatsrat bereitet einer solchen Erledigung Schwierigkeiten und im besonderen möchte die sogenannte Arbeitsgemeinschaft die Entscheidung solange vertagt sehen, bis die Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen abgeschlossen sind. Demgegenüber wird nun darauf hingewiesen, daß es sich jetzt um Tage handelt, wenn das Konkordat noch im Juni im Landtag zur Verhandlung kommen soll. Im Staatsrat zeigt sich jedoch keine Neigung, die Zuleitung an den Landtag zu beschleunigen.

Zu dieser Sachlage bemerkt selbst das demokratische „Berliner Tageblatt“: Gemäß Artikel 40 der preussischen Verfassung ist der Staatsrat von der Regierung über die sich ergebenden wichtigsten Fragen auf dem laufenden zu halten und ihm steht das Recht zur gutachtlichen Äußerung zu. In politischen Kreisen weist man darauf hin, daß er dieses Recht selbst in Frage stellt, wenn er, wie es jetzt geschieht, durch absichtlich harte Andeutungen seiner nächsten Sitzung eine sachliche Erörterung unmöglich macht. Wie immer man auch schließlich zu dem Konkordat stehen mag, wird man doch der Meinung sein, daß endgültige Klarheit nur im preussischen Parlament geschaffen werden kann und daß sie möglichst rasch geschaffen werden sollte. Es ist also schließlich zu verstehen, wenn der preussische Ministerpräsident auf die Erledigung der Frage im Staatsrat drängt, besonders, da ihm die preussische Verfassung die Berechtigung verleiht, jeweils bei wichtigen Vorgängen den Zusammentritt des Staatsrats zu verlangen.

Um das Getreidemonopol

Wie wir erfahren, entspricht die Meldung der „Wolfschen Zeitung“, der Sachverständigenausschuss zur Vorbereitung des Agrarprogramms habe sich grundsätzlich für ein Getreidemonopol für Roggen und Weizen, das auf ein Jahr befristet sein soll, entschieden, nicht den Tatsachen. Die Nachricht ist zum mindesten verfrüht. Reichsernährungsminister Dietrich wird heute im Ausschuss sich über die Frage des Getreidemonopols äußern.

Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich gestern mit der Frage befaßt. Wenn auch kein Beschluß in der Angelegenheit gefaßt wurde, wie schließlich von einer Korrespondenz behauptet wird, so wurden doch lebhafteste Bedenken gegen den Plan geäußert. Man hält im übrigen die Materie für viel zu kompliziert, um noch während der Sommer-session eine parlamentarische Erledigung erwarten zu dürfen. Da außerdem bekannt ist, daß auch in den Reihen der Deutschnationalen und bei der Wirtschaftspartei eine zunehmende Gegnerschaft gegen das Monopol vorhanden ist, kommt seine Annahme durch den Reichstag überhaupt kaum mehr in Frage.

In parlamentarischen Kreisen sieht man mit einiger Spannung dem Bericht Heukamps über die Ergebnisse seiner Sonderung in Schweden entgegen. Gegenüber der Behauptung, daß das schwedische Parlament bis Ende dieses Jahres vertritt und deshalb eine Abänderung des Handelsvertrages mit Schweden gar nicht möglich sei, wird darauf hingewiesen, daß zu einer solchen Abänderung zunächst die schwedische Regierung ohne weiteres imstande wäre, wie ja alle Handelsverträge erst nach ihrem Abschluß durch die betreffenden Parlamente ratifiziert werden. Juristisch käme also einer Abänderung des Schwedenvertrages nichts im Wege.

Stresemanns Rückkehr

Paris, 20. Juni.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann verließ in Begleitung des Staatssekretärs v. Schubert am Mittwochabend 22.56 Uhr Paris, um nach der Reichshauptstadt zurückzukehren. Auf dem Nordbahnhof hatte sich Volkshofier v. Hoersch und mehrere Herren der Volkshof eingefunden. Vom Fenster des Sonderwagens aus unterhielt sich der Minister bis zum Anfahren des Wagens angeregt mit dem deutschen Volkshofier. Von deutscher Seite wird berichtet, daß die Besprechungen, die Dr. Stresemann mit dem französischen Ministerpräsidenten und Briand hatte, insbesondere der Fortführung der Verhandlungen galt, die sich aus der Zustimmung der beteiligten Regierungen und der Annahme des Sachverständigen-Planes ergeben. Es dürfte auch zutreffen, daß für die Regierungskonferenz die erste Julihälfte und als Tagungsort eine schweizerische Stadt in Aussicht genommen ist.

Um die Arbeitslosen-Versicherung

Das Zentrum fordert vom Kanzler Einleitung neuer Verhandlungen zwischen den Fraktionen

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat heute vormittag an den Reichskanzler Müller folgenden Brief geschrieben:

„Nachdem die interfraktionellen Verhandlungen über eine sofortige Teilreform der Arbeitslosenversicherung gescheitert waren, hat das Reichskabinett beschlossen, daß mit Rücksicht auf die gesamtpolitische Lage, die eine Spätsommer-session des Reichstages erfordert, von einer zweimaligen Gesetzesvorlage über die Arbeitslosenversicherung innerhalb so kurzer Zeit abzusehen sei, und daß die endgültige Reform in der Sommer-session zur Verabschiedung gelangt. Der von Reichsarbeitsminister einberufene Ausschuss soll bis Ende Juli seine Arbeiten beendet haben, so daß für die Spätsommer-session der abschließende Gesetzentwurf vorliegen werde.“

Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Reichsregierung hat die Deutsche Volkspartei den Antrag Nr. 1162 eingebracht, der als wesentliche Erweiterung des Sofortprogramms nur den in den interfraktionellen Besprechungen vom Zentrum (Abg. Niesener) gemachten Vorschlag betrifft, dem sich der Vertreter der Bayerischen Volkspartei später anschloß. Die Deutsch-Demokratische Partei kündigt nach Pressemeldungen ebenfalls Anträge zu dieser sofortigen Reform der Arbeitslosenversicherung an.

Wir stellen zunächst fest, daß dieses Vorgehen von zwei Regierungsparteien den Abmachungen widerspricht, die bei der Bildung der jetzigen Reichsregierung zugrunde gelegt sind, nämlich der Verpflichtung, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur in gegenseitigem Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.“

Die Zentrumsfraktion und die Bayerische Volkspartei haben in den interfraktionellen Besprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch sie eine Teilreform der Arbeitslosenversicherung noch vor Schluß der jetzigen Sessionsperiode des Reichstages verlangen. Sie haben alles getan, um eine solche möglichst zu machen. Die Verhandlungen haben aber ergeben, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn innerhalb der die Regierung

führenden Parteien eine Verständigung über das erweiterte Sofortprogramm erzielt wird.

Wir beantragen hiermit ergebenst, unverzüglich eine Aussprache der Fraktionsführer unter Zuziehung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, den Weg zu einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien in der Arbeitslosenversicherungsfrage noch vor der Sommerpause des Reichstages zu finden. Unsere Fraktionen würden auch bereit sein, notfalls zur Erledigung dieser Aufgabe über den beabsichtigten Schlußtermin hinaus zu tagen.

Wir erlauben uns ergebenst, davon Kenntnis zu geben, daß wir das gleichlautende Schreiben dem Herrn Reichsarbeitsminister übermittelt haben.“

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei eingeschlagene Weg eines selbständigen Vorgehens weder Erfolg verspricht, noch im Hinblick auf die koalitionspolitischen Abmachungen überhaupt zulässig ist. Weder das Reichskabinett, das ja bereits einen bedauerlichen Verzicht auf das Sofortprogramm ausgesprochen hat, noch einzelne Parteien dürften gegenwärtig in der Lage sein, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu erzwingen, die im Interesse der Arbeitslosenversicherung und der Reichsfinanzen so bald als irgend möglich wirksam gemacht werden müssen. Die einzige Möglichkeit, dieses Ziel auch heute noch zu erreichen, liegt trotz des Scheiterns der früheren Verhandlungen in einem gemeinsamen Vorgehen der Regierungsparteien. Wir begrüßen daher den Schritt der Reichstagsfraktion des Zentrums und knüpfen an ihn die Erwartung, daß sowohl von der Reichsregierung als auch von den Regierungsparteien die jetzt gebotene letzte Gelegenheit benützt wird, um neue, gemeinsame Verhandlungen aufzunehmen und diese unter allen Umständen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Wir erwarten nicht mehr, als daß das getan wird, was die Lage der Reichsanstalt und die Rücksicht auf die Reichsfinanzen von Regierung und Parlament gebieterisch verlangen.

Der Finanzetat angenommen

Das Haushaltgesetz genehmigt

Berlin, 20. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung stand die zweite Beratung der

Novellen zum Einkommen-, Vermögen- und Wechselsteuergesetz.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bezeichnet die drei Vorlagen als einen Teil des Kompromisses der Regierungsparteien in der Devisenfrage. Bei der Wechselsteuer handle es sich um eine notwendige Umänderung, mit der die große Abwanderung deutscher Wechsel ins Ausland verhindert werden soll. Von einem Geschenk an die Bankkapitalisten sei keine Rede. Zur Vermögenswachststeuer bleibe der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokraten unangetastet.

Die Vorlagen werden in der Ausschusssitzung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Ausschuss-Entscheidung, die verlangt, daß bei der Festsetzung der Durchschnittssätze der nichtbuchführenden Landwirte und Gewerbetreibenden für die Einkommensteuer auch Verlustbetriebe mit berücksichtigt werden.

Es werden nun die früher zurückgestellten Bestimmungen zu den Finanz-Stats angenommen.

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Haushalt des Reichsfinanzministeriums werden in der Ausschusssitzung angenommen, dazu eine Entschließung der Deutschnationalen, daß der durch die Steuerfreiheit der Reichsbahn unbalanciert gewordenen finanziellen Notlage der Eisenbahnergemeinden schleunigt abgeholfen werden möge. Angenommen wird auch die Ausschuss-Entscheidung auf Prüfung der Frage einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Angenommen wird weiter eine Entschließung der Bauerngruppen auf Abzugsfähigkeit des Arbeitslohnes der in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Familienangehörigen. Die Entschließung fordert außerdem, daß bei der Berechnung der Vermögenssteuer für die Landwirtschaft nur die Hälfte des jetzigen Bemessungssatzes angenommen wird.

Eine weitere Entschließung des Zentrums, der Bayer. Volkspartei und der Demokraten wird angenommen, in der eine Denkschrift über die Erfahrungen anderer Länder mit der Offenlegung der Steuerlisten verlangt wird.

Der von den Deutschnationalen gegen den Reichsfinanzminister Dr. Hülserling eingebrachte Mißtrauensantrag wird gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Christlich-Nationalen und Kommunisten abgelehnt.

Verschiedene Anträge und Entschließungen werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushaltgesetzes für 1929.

Das Haushaltgesetz enthält die im Hinblick auf die Rohmann-Affäre vom Ausschuss neu eingefügte Bestimmung, daß Beiträge, die das Reich mit Beträgen über eine Million Mark belasten, nur vom Leiter der zuständigen Behörde oder seinem händigen Stellvertreter abgeschlossen werden können.

Der Ausschuss hat eine ganze Reihe anderer Bestimmungen eingefügt, durch die überplanmäßige Ausgaben verhindert und größere Ersparnisse ermöglicht werden sollen. So sollen die Restante über die letzten 10 Prozent der für jährliche Ausgaben bewilligten Beträge nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügen dürfen. Damit soll verhindert werden, daß einzelne Ersparnisse bei einzelnen Ausgaben ohne zwingenden Grund nur deshalb ausgegeben werden, weil sie nun einmal bewilligt sind.

Abg. Dr. Köhler (Zentr.) bezeichnet es als eigenartig, daß sich der Reichstag bisher darauf beschränkte, den Etat zu

bewilligen, die Kontrolle aber dann der Verwaltung überließ. Die vom Ausschuss beschlossenen Veränderungen des Haushaltsgesetzes zeigen eine Wandlung zum Besseren. Eine vorzügliche Forderung sei die schleunige Reform der Haushaltsordnung im Sinne einer besseren Kontrolle über die Ausführung des Etats. Für 1929 müssen wir strengste Einhaltung der Etatsansätze bei allen Ressorts verlangen. Die Etatsansätze müssen als Höchstbeträge angesehen werden, sonst würde die in den Streichungen belandete Sparmaßnahme politisch zusammenbrechen. Die überplanmäßigen Ausgaben müssen verschwinden. Vorgriffe dürfen nur dann genehmigt werden, wenn sie mit unbedingter Sicherheit aus späteren Ersparnissen gedeckt werden können.

Nach weiterer Aussprache, in der noch die Abgeordneten Dr. Brühl (Wirtschaftspartei), Dr. Gremer (D. Sp.), Bernhard (Dem.) und Frau Anjorge (Soz.) das Wort ergriffen, wurde das Haushaltgesetz nach den Ausschussvorschlägen angenommen. Die Vorlage zur Ergänzung des Reichswechselsteuergesetzes wurde ohne Debatte dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Ein neuer Pariser Finanzskandal

Paris, 21. Juni.

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ beschließt sich die Staatsanwaltschaft in Paris wiederum mit einem Finanzskandal. Es soll sich um die künstliche Hochpreisbildung von Kursen der in Angeles anrissigen Clara Swansea Mining Company handeln, wodurch Sparer, besonders in der Umgegend von Paris, um mehrere Tausend Millionen Franken geschädigt worden sein sollen. Auf Grund von Hausdurchsuchungen ist gegen mehrere Direktoren von Finanzinstituten, Maklern und Zwischenhändlern sowie Direktoren von Finanzzeitungen Anklage wegen Betrugs und Beihilfe erhoben worden.

* Brand eines Krankenhauses in Kanton. Einer Meldung aus Kanton zufolge wurde dort ein Hospital durch Explosion und darauf entzündetem Feuer vollkommen eingeschmort. Es sind 100 Tote zu beklagen, unter denen sich auch die 30 Kranken, die im Hospital untergebracht waren, befinden.

* Die Reparationskommission hat am 11. Juni eine Sitzung abgehalten, und nach Befragung des englischen Mitglieds des Generalrats der Reichsbank beschlossen, an Stelle des zurücktretenden Henry Bell zum englischen Mitglied des Transaktionsausschusses Charles Wigham zu ernennen.

* Zur Errichtung eines deutschen archäologischen Instituts in Athen beschließt die griechische Regierung ein größeres Terrain zur Verfügung zu stellen.

* Durch giftige Gase, die einer Petroleumaffinerie in Texas (Bereinigte Staaten) entströmen, wurden zwei Kinder getötet. Sechzehn Personen mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

* Oberleutnant v. Terhaggen, der Olympiaflieger im Sabelschleichen, ist Freitag früh in Wuppertal seinen vor einigen Tagen bei einem Motorradunfall erlittenen Verletzungen erlegen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Teils leichte, teils zeitweise starke Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge. Nach sehr heißer Nacht, trotzdem im Hochland gemäßigter Temperatur, in den Mittagsstunden gemäßigter warm. Von mittleren Gebirgsregionen ab anhaltend kühl, im Hochland schwache bis mäßige, Gebirge, frische Winde aus nördlichen Richtungen.

Die leere Staatskasse

Der Landtag nimmt endlich die Erledigung des Staatshaushaltplanes für 1929 in Angriff

Der Zwang zum Sparen

Dresden, 21. Juni.

Der Landtag hat in seiner gestrigen Sitzung, wie bereits berichtet, nochmals erfolglos die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen. Nach Abschluss der Wahlhandlung wurde die Tagesordnung in Angriff genommen. Miteinander verbunden wurden die ersten Beratungen über den Entwurf eines Etatsgesetzes für 1929, über eine Ergänzung hierzu, über den Rechenschaftsbericht für 1927, über die vom Gesamtministerium nach der Auflösung des vorigen Landtags erlassenen Rotverordnungen sowie die Antezie auf Vortragsverabschiedung einiger dringlicher Beschlüsse zur Ausführung von Volkswirtschaftsarbeiten.

Finanzminister Weber wies in seiner ausführlichen Rede darauf hin, daß es die Forderung eines geordneten Staatswesens erfordert, daß der Etat für 1929 sofort durchberaten und verabschiedet werde. Gegenüber den Wünschen des dem Hause bereits vorliegenden alten Etats müßte mit einer Mindereinnahme von fast zehn Millionen bei den Ueberwälzungssteuern des Reiches gerechnet werden, die durch Einsparungen im Haushaltsplan wieder ausgeglichen werden müßten. Bei der letzten Finanzministerberedung habe Sachsen mit aller Deutlichkeit auf die schädigenden Auswirkungen der Bedingungen für die Reichsanleihe auf die Geldbeschaffung der Länder und Gemeinden hingewiesen, leider aber beim Reichsfinanzministerium keine Zustimmung gefunden. Während die Sparvor schläge der Regierung vom Landtage nicht angenommen, so seien für den sächsischen Staat ähnliche Verhältnisse wie im Reich zu erwarten. Uebrigens sei für 1930 mit weiteren erheblichen Mindereinnahmen aus der Reichseinkommensteuer zu rechnen. Der Minister betonte, daß ohne Erweiterung der Steuerhoheit für Länder und Gemeinden eine verantwortliche Finanzpolitik in den Ländern einfach nicht mehr zu führen sei. Jede Regierung müsse beim ordentlichen Etat ohne zusätzliche Kreditmittel auskommen können. Der Minister begründete und erläuterte die notwendig gewordenen Streichungen und schloß: So schwer auch die Etatbedingnisse Öffentlichkeit und Wirtschaft betreffen werden, so besteht doch die Hoffnung, daß die getroffenen Maßnahmen von allen beteiligten Kreisen als ein Beweis verantwortlicher Finanzpolitik in Sachsen verstanden und genehmigt werden.

Abg. Edel (Soz.) trat den vorgeschlagenen Etatstreichungen namens seiner Partei auf das schärfste entgegen. — Abg. Dr. Wähler (D. Vp.) bezeichnete die sächsischen Etatbedingnisse als Folgen der Finanzpolitik des Reiches, in dessen Regierung die Sozialdemokraten die führenden Rollen inne hätten. Im großen und ganzen werde seine Partei dem Etat zustimmen. Nicht unerwähnt seien die erlassenen Rotverordnungen. Der Redner beantragte die Ueberweisung der Vorlagen an die zuständigen Ausschüsse.

Nachdem Abg. Renner (Komm.) den Sozialdemokraten unehrliche Kampfesweise vorgeworfen hatte, da sie ausgesprochenemachen für die Große Koalition eintreten, unterbrach Vizepräsident Dr. Gschärdt die Erörterung mit der Mitteilung, daß er vorschläge, die nächste Vollsitzung erst am 2. Juli abzuhalten, um die Ministerpräsidentenwahl vorzubereiten. Dem widersprachen die Abg. Renner (Komm.) und Kausch (Soz.), welche die nächste Sitzung schon auf den 25. Juni andauern wollten. Es kam zur Abstimmung über diese Frage, deren Ergebnis mit großer Spannung erwartet wurde. Da die Nationalsozialisten diesmal mit der Linken stimmten, entschied das Haus mit 48 gegen 43 Stimmen, daß die nächste Sitzung am 25. Juni stattfinden habe mit der abermaligen Wahl des Ministerpräsidenten als erstem Punkt der Tagesordnung. Auch der weitere Antrag, daß im Falle einer erfolgreichen Ministerpräsidentenwahl die Etatberatung am Dienstag fortgesetzt werden solle, fand mit dem gleichen Stimmenverhältnis Annahme.

In Fortführung der Etatberedung erklärte Abg. Siebert (Dnat.) unter gewissen Vorbehalten die grundsätzliche Zustimmung der Deutschnationalen zum Etat mit den notwendigen Abstrichen sowie zu den Rotverordnungen. — Abg. Dr. Dehne (Dem.): Man müsse nicht nur im großen, sondern auch im Kleinen zu sparen suchen; das sei z. B. bei Reichseisen, Abordnungen und dergleichen wohl möglich. — Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.) verteidigte mit Wärme den neuen Sparhaushalt des Finanzministers; neue Steuern seien jedenfalls nicht mehr tragbar. — Abg. Schreiber (Landvolk)

wandte sich scharf gegen den Abg. Edel und die Sozialdemokratie. — Abg. Bud (WSP.) betonte, daß der Etat mit größter Gewissenhaftigkeit aufgestellt worden sei; die Rotverordnungen seien seiner Annahme fähig. Nachdem noch Abg. Dobbert (Soz.) sich scharf gegen den Etat ausgesprochen hatte, wobei er den Finanzminister heftig angriff, erwiderte Finanzminister Weber, von der Linken wiederholt unterbrochen, daß bei der allgemeinen Notlage auch die Gemeinden die Konsequenzen ziehen müßten. An der Tatsache, daß das Geld nicht mehr da sei, könnten alle Leben nichts ändern. Der eiserne Zwang werde die Abstriche durchdrücken. Wer die Dinge lenke, müsse die ganze Etatsausgabe höchst unerquicklich finden. — Abg. Dr. Wähler (Wirtsch.) beklagte sich schließlich darüber, daß man sechs Wochen nach den Wahlen mit der Regierungsbildung noch nicht weiter sei. Hierauf wurde die Aussprache geschlossen. Sämtliche Vorlagen und Anträge wurden an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Nächste Sitzung am 25. Juni 1 Uhr.

Zur Regierungsfrage

Dr. Binger wird offiziell zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen.

Dresden, 21. Juni.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei teilt mit, daß sie für die nächsten interfraktionellen Besprechungen, die am kommenden Montag stattfinden, Staatsminister Dr. Binger als Ministerpräsident in Vorschlag bringen werde.

In parlamentarischen Kreisen verläutet zur Frage der Regierungsbildung, daß die Schwierigkeiten in erster Linie darin liegen, das von den Deutschnationalen das Ministerium des Innern gefordert wird. Neuerlich tritt auch die Landvolkpartei mit dem Anspruch auf einen

Ministerfrüh hervor. Dadurch ergibt sich natürlich eine wesentliche Komplizierung der Verhältnisse. Von den Demokraten, deren Beteiligung an der Koalitionsregierung überhaupt noch nicht feststeht, wird dagegen an ein Aufgeben des Innenministeriums nicht gedacht.

Arbeit für den Landtag

Dresden, 21. Juni.

Die SPD. hat im Landtag verschiedene Anträge eingebracht, deren erster die Aufhebung der bekannten Stundungsvorordnung über die Mietsteuer verlangt. In einem zweiten Antrag werden Staatsbeihilfen an schwangere Arbeiterinnen verlangt. Der dritte Antrag ersucht die Regierung Verhandlungen mit dem Reich einzuleiten, damit der Ostbezirk Zeithain-Lager mit einer benachbarten Gemeinde vereinigt werde und die dortigen Bewohner Wahlrecht für die Gemeindevahlen im November erhalten. Ein weiterer Antrag verlangt ein zeitgemäßes Wegebaugesetz. Eine Anfrage wünscht Auskunft über verschiedene Steuerfragen und ein letzter Antrag befaßt sich mit den hauptsächlich tätigen Fürsorgeärzten.

Unter Hinweis auf die jüngsten Eisenbahnunfälle bei Rauschitz und Reichenbach hat die Deutsche Volkspartei im Landtage den Antrag eingebracht, auf die Reichseisenbahnerverwaltung in dem Sinne einzuwirken, daß die Bahnanlagen im Bezirk Dresden so ausgestellt werden, daß sie den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs vollständig entsprechen. — Weiter wird die Regierung in einem Antrag aufgefodert, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Bestimmungen des Wanderlagersteuer-gesetzes zeitgemäß abgeändert werden. Endlich hat die Deutsche Volkspartei einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Grundsteuergesetzes eingebracht. — In einer Anfrage derselben Fraktion wird auf die durch den anhaltenden Frost entstandenen Häuferschäden hingewiesen, deren Reparatur aus der gesetzlichen Mittel nicht immer bestritten werden könne. Die Regierung wird um Auskunft gebeten, wie die Ausführung der notwendigen Reparaturen ermöglichen und erleichtern wolle.

Wiens Kampf um den Glauben

Die Abfallbewegung hat neue Kräfte der Wiedergeburt erweckt

Der Wiener Katholikentag

(Von unserem Vertreter.)

Schr. Wien, Mitte Juni.

Es hat seinen guten Grund, von einem Wiener Katholikentag nach auswärts zu berichten; seine Bedeutung greift weit über den lokalen Bereich hinaus. Seit die Sozialdemokratische Partei, um die Person Seipels zu treffen, trotz ihres täuschenden Grundsatzes „Religion sei Privatsache“, die Tatsache, daß der erste Staatsmann Oesterreichs auch ein führendes kirchliches Amt bekleidet, zu der schärfsten politischen Waffe geschmiedet hat, ist hier eine Abfallbewegung im Gange, die es nun glücklich so weit gebracht hat, daß bereits jedes zwanzigste Kind in Wien als konfessionslos in den Listen steht. Wien ist, wie der Abgeordnete Runkhat also an diesem Katholikentag sagen konnte, ein richtiges Missionsland geworden. Mit Kampfbedingungen, die kaum irgendwo ihresgleichen haben. Das soll nicht allein als Gefahr gemeldet werden. Auch auf religiösem Gebiet ist von den Wiener Verhältnissen vielleicht daselbe wie von der Politik zu sagen: bei so dunklen Schatten wird es nicht allzu lange auch an einem ganz besonderen neuen Licht fehlen.

Die politische Hochspannung in Oesterreich und ihr radikales Zweiparteiensystem hat nicht ausschließlich Nachteile gehabt. Denn eben durch sie wird Oesterreich ja einmal auch viel früher als manche andere Staaten Mitteleuropas zu neuen politischen Lösungen und Formen gedrängt sein. Ebenso hat die Sonderstellung des österrösischen Katholizismus gegenüber der radikalen Sozialdemokratie des Landes und namentlich gegenüber der marxischen Verwaltung der Stadt Wien für die „Katholische Aktion“ auch die gute Bedeutung, daß in so großer Beleuchtung unerschütterlichen Kulturkampfes die Konturen dessen, was für die Zukunft notwendig ist, mit einer anderno vergeblich erstrebten Deutlichkeit hervortreten. Jednachtsend hat in Wien abgefallen, gewiß. Aber dafür haben sich die Wiener Katholiken auch eine Arbeitsmethode zurechtgelegt und Energien sammeln müssen, die sonst in Mitteleuropa noch lange nicht so reif und wach sind. Die Sozialisten schon des nächsten Jahres jenseits werden vielleicht, wenn sie Aktion und Reaktion dieses Kulturkampfes gegeneinander abwägen, neben dem Schaden des Abfalls recht klar den Vorteil der neuerwachten Kräfte erkennen können. Und er weiß, ob man dann die Schärfe der religiösen Krise, die Wien heute ergreift, nicht als eine der wichtigsten Entwicklungskräfte im geistigen Leben der Stadt erkennt. Konnte nicht nur aus solcher Härte der Not solche Wiedergeburt kommen? Wien war als Residenz der größten katholischen Dynastie Europas so sehr in Tradition gehüllt, so sehr in Sicherheit gewiegt, daß wohl überhaupt nur der schrankenlose Freidenkertum des letzten Jahrzehnts die Katholiken energisch machen konnte.

Nichts Geringeres als der Marmruf: „Hunderttausend Konfessionslose!“ konnte der äußerlich ja rein katholischen Stadt Wien in Erinnerung rufen, daß sie jetzt nicht einmal neu um diesen Katholizismus kämpfen müsse. Man kämpft bereits mit einem anschaulichen Meer; das Programm der katholischen Aktion in Wien steht zur Zeit nicht weniger als hundert neue Kirchenbauten und Seelsorge-Koaktionen vor. Die Kirchenparreien von 30- und 40.000 Seelen, in denen der Begriff der katholischen Gemeinde zu einer bloßen Formalität erstarben mußte, sollen durch Hunderte junger, von Missionsgeist durchdrungener Seelsorger neu durchgeändert werden. Das Ziel

Harmonisch fügt sich auch die Stadt in die landschaftliche Umgebung, in deren traumhafte Schönheit die Anlagen Allenfels gleichsam unvermerkt hinüberleiten. Ausgedehnte Wälder, in unberührter Schönheit ruhende Seen bestimmen das Landschaftsbild und laden zu Wandertouren und Paddelfahrten. Auch das nahe Höhensteine mit dem Tannenbergr-Nationaldenkmal ist ein beliebtes Ausflugsziel. Leicht zu erreichen ist auch die landschaftlich reizvollste Gegend Ostpreußens, die majestätische Seenplatte.

Einen Vorgeschmack von ihrer Schönheit gab uns eine Dampferfahrt über die oberländischen Seen und Kanäle, die noch als weiteren Anziehungspunkt das technische Kuriosum der „geneigten Ebenen“ aufzuweisen haben. Ueberauschend abwechslungsreich ist die Fahrt. Bald gleitet das Schiff über eine weite, mit bewaldeten Inseln durchsetzte Seefläche. Den Landwald am Ufer durchbrechen parkartig grüne Weidetriften mit grasenden Herden. Bald verengt sich die Fahrrinne zu einem schalen Kanal, über den der Buchenwald eine dicke Tunneldecke wölbt, durch deren grüne Dämmerhatten nur ab und zu der Sonnenschein tanzenbe Lichter aufs bewegte Wasser wirft. Bald durchschneiden wie ein sumpfiges Schilfbuschgelände, über das in lautlosem Flug die Weibe kreicht, während sich am Ufer Schilf und Schachtelhalm rhythmisch im Spiel der Wellen wiegt.

Blühlich ein großes Rad mitten über dem Kanal. Der Dampfer wird in dem auf Schienen fahrenden Dock festgemacht. Das große Wasserrad am seitlichen Abfluskanal beginnt sich zu drehen und die Stahltrasse zieht den Schiffsanleger über die geneigte Ebene. Ein Höhenunterschied von 20 Metern wird so in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden.

Freilich ist diese Anlage, in der Zeit ihrer Erbauung, in den 60er Jahren, als technisches Wunderwerk bekannt, heute längst veraltet. Man fordert einen modernen Ausbau des Kanals und seine Weiterführung bis Allenstein, um auch dieses

Dillandfahrt

Von Tilsit bis Joppot

II.

Jenseits des Tiefs die kurische Keilung mit ihren landschaftlichen Seltsamkeiten. Eigen berührt die fremdartige Schönheit der riesigen Wanderdünen, die in ständig wechselnden Formen sich jährlich um 5 bis 7 Meter ostwärts bewegen. Auch hier war einst fester Boden, bevor die Russen im Siebenjährigen Kriege die Waldungen niederlegten. Dort, wo noch alter Waldbestand die Dünen frönt und wo es gelungen ist, durch Reuaufforstungen das Land zu festigen, schmiegen sich kleine Kurorte ins Tannendunkel der Haffküste und kurische Fischerdörfer lagern sich maulerisch ans seelertige Gestade. Seltenheiten der Pflanzenwelt, und die vielseitigste Vogelwelt Nordeuropas beherbergt die Keilung und als letztes lebendes Ueberbleibsel aus einer urzeitlich unberührten Vergangenheit — den Eich.

Wir suchten ihn auf im großen Eichrevier der Ibershorster Forst, in der Nemeleiederung, nach herrlicher Fahrt den mächtigen Kahlstrom aufwärts. Kein Kahn, kein Floß belebt den Hauptarm der Nemeleimündung, der heute Deutschlands Grenze bildet.

Dunstig-warme Luft liegt drückend über dem feuchten, von Gräben und Kanälen durchzogenen Dschungel des Erlendbruch-Geländes. Weise geht es auf weichem Pfad zur Jäger-Kanzel. Ein langes Aussharen wird endlich belohnt. Drüben bricht ein mächtiges braunes Tier aus dem Erlengebüsch, vor dem grünen Hintergrund hebt es sich in seinen Umrissen ab wie ein Pferd. In hüpfendem Lauf springt der Eich über die Lichtung. Er hat die Menschen gewittert und verschwindet rasch wieder im schüchternen Gebüsch...

Tilsit, die Stadt an der Nemelebrücke, Unterwegs die ersten Spuren des ehemaligen Kriegsgebiets — Rußengräber.

Besonders eindrucksvoll ein nächtlicher Rundblick von der Brücke, die nur noch zur Hälfte deutsch ist. Wie zarte Gewebe haben sich die hochgezogenen Eisenbögen gegen den nachtblauen Himmel ab. Drüben die vom Mondlicht verklärte vornehme Silhouette der Stadt mit dem auf Kegeln ruhenden Turmhelm. Ein kleines Floß gleitet talwärts. Es stammt aus den Wäldern diesseits der polnischen Grenze. Auch Tilsit ist durch die Sperrung des Stroms in seinen Wirtschaftsgrundlagen schwer getroffen. Inmitten eines landwirtschaftlich hochentwickelten Gebietes mit fetten Weiden und grasenden Herden liegt im Tale der Inster und Angerapp Insterburg mit der alten Ordensburg, mit seinen ausgedehnten Grünanlagen und einem Sportforum, das selbst in Großstädten seinesgleichen sucht.

Sehr vorteilhaft präsentiert sich Allenstein, die „Gartenstadt des Ostens“, im südlichen Teil des katholischen Ermlandes, schon äußerlich gekennzeichnet durch ihr schmüdes, frisches Aussehen als ein wichtiger Mittelpunkt des Landes, als lebendiger Ausdruck einer trotz allem ungebrochenen deutschen Lebenskraft im Osten. Harmonisch verbinden sich in dem schönen Stadtbild historische Vergangenheit und moderne Gegenwart. Städtliche neuzzeitliche Bauten überragt das alte Ordenschloß mit seinen prachtvollen, sterngewölbten Kellern, in dem auch Nikolaus Kopernikus einst als Kapitel-Stadthalter amtierte. Daneben bestimmt die Stadtsilhouette der mächtige Turm der altwürdevollen Jakobikirche. Der zum Dank für die dem Deutschtum in schwerster Zeit gehaltenen Treue mit Unterstützung von Reich und Staat errichtete „Trendan“, das städtische Heim des jungen Landestheaters Südostpreußens, und das Denkmal in den herrlichen Parkanlagen bei Neu-Jakobsburg erinnern an die Zeit des Abstimmungskampfes. „Am 11. Juli 1920 stimmten 363.209 für Deutschland, 7980 für Polen! Wir bleiben deutsch!“ lautet die schlichte Denkmalsinschrift...

Der Dresdner Haushaltplan verabschiedet

Keine Erhöhung der Feuer- und Biersteuer

Dresden, 21. Juni.

Die Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung den Haushaltplan für 1929 verabschiedet. — Vorher fand eine große Reihe von Beratungsgegenständen meist ohne Aussprache Erledigung. So wurde eine Vorlage über die Arbeitsbeschaffung für Wohlfahrtsberuflose gemäß den Vorschlägen des Fürsorgeamtes angenommen. Ebenso sollen die Sondermaßnahmen für die über 52 Wochen Erwerbslosen fortgeführt werden. Zum Ausbau des Krüppelheims des Vereins Krüppelhilfe wurde beschlossen, daß die Stadt den Schuldenzinsen für diesen Ausbau in Höhe von 10 Prozent des gesamten Aufwandes übernimmt. Der Ausbau der städtischen Radfahrwege nach dem vom Tiefbauamt vorgelegten Plan wurde genehmigt; insbesondere wurde beschlossen, die sogenannte Ost-West-Verbindung noch im Jahre 1929 auszubauen. In die Markthallen Antonplatz und Neuhof sollen Heizungsanlagen eingebaut werden, dafür würden 50 635 RM. bewilligt. Der Erweiterungsbau der Reußstraße höherer Mädchen Schule soll durchgeführt werden, aber zunächst ohne die ursprünglich vorgesehene Turn- und Gymnastikhalle.

Von dem Schulbauprogramm des Rates wurde außerdem Kenntnis genommen. Darüber hinaus wurde beschlossen, noch folgende Bauten in dem Bauprogramm vorzuführen: Eine Zentralschule in Modrich-Rath, an Stelle des Ausbaues der 70. und 71. Volksschule, eine Zentralschule in Nieder- und Obergorbich, statt des Erweiterungsbaues für die 73. und 74. Volksschule. Ferner Neubauten für die Hilfsschule Dresden-Mittstadt, für die Mädchenberuf- und Handelsschule, für eine neue Volksschule in Penzlin-Neustadt und eine Volksschule in Trochan-Mitteln. Ferner Verlegung der Annenschule an die Perlebergstraße, Erweiterungsbauten sollen vorgesehen werden für die 7. und 14., für die 16. und 47., für die 17. und 48., für die 11., die 41., die 68., 75. und 76. Volksschule, ferner für die Hilfsschule Dresden-Neuhof, für das Wettiner-Gymnasium und die Kreuzschule. Ferner wird gefordert, daß über Turnhallen-Neu- und Erweiterungsbauten eine besondere Vorlage ausgearbeitet und für den Einbau von Brausebädern in sämtlichen Volksschulen Sorge getroffen werde.

Die Einzelberatung des Haushaltplanes wurde dann fortgesetzt. Zum Konto Schulen baute der Finanz- und Schulbau den Beitrag für die Volkshochschule von

52 000 RM. auf 65 000 RM. zu erhöhen. Für die Mary-Wigman-Tanzschule 5000 RM. einzustellen und den Betrag zur Förderung begabter Schüler von 100 000 RM. auf 250 000 RM. zu erhöhen. Diese Vorschläge wurden von den Sprechern der Hausbesitzer und den Deutschnationalen scharf kritisiert. Nach den üblichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, wurde die Erhöhung der Beiträge für die Volkshochschule bewilligt, der Beitrag für die Mary-Wigman-Schule aber abgelehnt.

Eine lebhafte Aussprache entspann sich über das Konto Wohlfahrtspflege. Der Ausschuss beantragte hier Erhöhungen und Beihilfen zu Berufsbildung und Geschäftsbildung, deutsch-englische Mittelschulbeihilfe und Stipendien. Von kommunistischer Seite wurden noch weitere Bewilligungen vorgeschlagen. — Von sozialdemokratischer Seite wurde eine Anzahl von Anträgen der privaten Wohlfahrtsvereine heftig kritisiert, weil in ihnen eine betont christliche Erziehung gepflegt werde. Dieser Kritik trat der deutschnationale Redner entgegen. Es sei der Wille vieler Eltern, ihren Kindern eine Erziehung im christlichen Glauben zu erhalten, das beweise auch der Ausfall der Elternratsversammlungen. Diese Ausführungen wurden von Sozialdemokraten und Kommunisten lebhaft unterbrochen. Schließlich wurde das Gutachten angenommen, an vielen Stellen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Zum Konto Feuerwehr wurde nach längerer Aussprache ein Minderheitsgutachten, das die Auflösung sämtlicher freiwilliger Feuerwehren forderte, abgelehnt. Ebenso wurde die Erhöhung der Feuerkraftsteuer abgelehnt. — Die Kosten Landes-theater, Verkehrsamt und Steuern wurden angenommen. Der Erhöhung der Beihilfe für das Philharmonische Orchester von 45 000 auf 60 000 Mark wurde zugestimmt. Die Erhöhung der Biersteuer auf 7 Prozent wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag der Hausbesitzer, die Grund- und Gewerbesteuer im Satz von 100 Prozent zu erhöhen.

Entsprechend dem Vorschlag des Vorlesers wurde dann beschlossen, den Gesamtabschluss des Haushaltplanes entsprechend dem Ergebnis der Einzelberatungen zu genehmigen und das Ergebnis des Gesamtabschlusses nach Feststellung der Zahlen in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

12.45 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen, es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Tödlicher Unglücksfall

Dresden, 21. Juni.

Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag auf der Bergstraße. Der 21jährige Arbeiter Kurt Schiller aus Hainichen geriet mit seinem Fahrrad in die Straßenbahnlinie, stürzte um und wurde von einem Autobus überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Zwei gefährliche Ladendiebinnen vor Gericht

Mutter und Tochter arbeiten gemeinschaftlich.

Dresden, 21. Juni.

Am 19. April konnte zwei seit längerer Zeit geschätzten Ladendiebinnen das Handwerk gelernt werden. Eine ihrer vielen Opfer erkannte die beiden Frauen wieder und meldete deren Festnahme. Auf dem Polizeipräsidium entpuppten sich beide Diebinnen als die 22 Jahre alte Eisenbahnbauamtswirte Frieda Annette Roth geb. Woth aus Dresden und deren 17jährige Tochter, die Buchdruckerstochter Martha Johanne Pauline geb. Richard geb. Roth aus Dresden. Beide Festgenommene waren ganz gewöhnliche Diebinnen, die es auf den in den Handläden der Frauen verarbeiteten Inhalt der Geldbörschen abzielten. Verbrechenspunkte der inneren Altstadt, Klosterviertel, Markthallen, Kaufhäuser, Straßenbahnhaltestellen waren das Feld ihrer Tätigkeit. Während Frau Roth mit ihren Opfern ein Gespräch führte, kam ein Gewärtiger herbei, nahm die Tochter das Geldbörschen aus deren Handtasche.

Am Mittwoch mußten sich nun die beiden Frauen wegen Ladendiebstahls vor dem Gemeinamen Schöffengericht Dresden verantworten. Insgesamt waren nur 61 Einzeltatlagen angeklagt, deren

Werte zusammengerechnet weit über 1000 RM. betragen hatte. Während die Angeklagte Richard ihre Vernehmungen eingehend, verlegte sich die Angeklagte Roth auf hartnäckiges Feigeln. Sie will von den Strafen ihrer Tochter, die im März vorigen Jahres beanannt und erste Mitte April dieses Jahres durch die Festnahme erlitten, nichts gewußt haben. Erst im weiteren Verlaufe der Verhandlung, nachdem ihr Verhalten gelobt worden waren, beantragte sie sich wenigstens einige Jahre zuzugewöhnen. Das Gericht hielt beide Angeklagte der ihnen zur Last gelegten Handeltatlagen für voll überführt und verurteilte sie zu je 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. Frau Roth, die sich noch auf freiem Fuß befindet, wurde am Ende der Verhandlung wegen bestehenden Flußverhaftes ebenfalls in Haft genommen.

! Rückkehr Dresdner Kinder. Die zur Erholung untergebrachten Dresdner Kinder treffen wie folgt ein: aus Schüttrinken am 24. Juni 1928 Uhr, aus Riedern u. Kirch am 26. Juni 1928 Uhr. Die Angehörigen möchten für Abholung der Kinder zu den genannten Zeiten auf dem Dresdner Hauptbahnhofe besorgt sein. Die zurzeit in dem Heim am Wilschdorfer Waldteiche untergebrachten Kinder treffen wie folgt auf dem Hauptplatz, Ecke Bischofsweg und Gerlicher Straße ein: am 26. Juni Kinder 17.30 Uhr, Mädchen 18.30 Uhr. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder zu diesen Zeiten auf dem Hauptplatz abzuholen.

! Die Neue kam zu spät. In der Nacht zum Donnerstag hat sich in seiner Wohnung in Dresden-Völkau der 61 Jahre alte Wohnpostkassent Junge mit Leudwiges vergriffen. Er stand bereits seit längerer Zeit im Verdacht, Einbrecherbriefe unterschlagen zu haben, die er sich während des Dienstes im Hauptbahnhofe aneignete. Am Mittwoch wurde er auf dem Dresdner Hauptbahnhofe verhaftet, wo man fünf Einbrecherbriefe in seiner Tasche vorfand. Da kein Fluchtverdacht vorlag, wurde er jedoch nach eingehendem Verhör wieder entlassen. Nun hat er seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht.

Der hundert neuen Kirchen scheint nicht mehr utopisch; denn schon sind nicht nur Hunderttausende, sondern Hunderttausende in der katholischen Aktion gesammelt. Das Wiener Kirchenblatt hat seit Jahren weit über Hunderttausend Abonnenten, der katholische Schulverein schreibt alle Jahre ein paar tausend Mitglieder mehr in seine Liste, und eine neue Pressegründung: „Das kleine Wochenblatt“, konnte es innerhalb weniger Wochen zu einer Auflage von über 80 000 bringen. Rechnet man hinzu, was gerade seit 1918 auf der Vorderfront, in der Jugendbewegung, an den Mittelschulen erreicht wird, bedarf man, daß eben jetzt eine „Katholisch-sozialistische Woche“ in Wien — über die noch gesondert zu berichten sein wird — sich offen dem Sozialismus stellt, um von der bloßen Abwehr zum Angriff überzugehen, und nicht nur gegen die Religionsfeindschaft, sondern auch gegen die falschen Gesellschaftsideen des Sozialismus aus christlichem Gedankengut zu kämpfen, so erkennt man auch hinter allem Abflauen der Abfallbewegung, die in der Tat jede Ermutigung überschritten hat, bereits das Keuland, das nun auch seinerseits alle üblichen Vorstellungen von den organisatorischen Energien der katholischen Bewegung überschreitet.

Diese Tatsachen waren der besondere Hintergrund des Katholikentages 1929, der namentlich in der Festversammlung auf dem Wiener Seidenplatz wieder ein imponantes äußeres Bild bot. Noch mehr als die gute äußere Stimmung nötigte aber diesmal Stillsitz und Organisationsbericht zum Vertrauen. Daß der Bundessänger Stresemann namens der Regierung das feierliche Gelöbnis ablegte, Oesterreich werde alles daran setzen, ein katholisches Land zu sein und zu bleiben, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich von der klaren Erkenntnis der österreichischen Landbevölkerung sprach, der Kampf in der Großstadt erfordere eben besonders neue Mittel, für die man auch in den Landen kameradschaftliche Hilfe bereitstellen wolle, daß der diesmalige Präsident des Katholikentages der Chefredakteur der Reichspost Dr. Friedrich Hunder war, daß man also den Wert der Grundlagen: politischen Einfluß und Macht der Presse in ihrer Bedeutung ebenso erkannte, wie die tiefere Notwendigkeit, neue Gedanken in gleichzeitigen ersten Beratungen — der Seelsorgevereine, des Schulvereins, der katholisch-sozialen Woche — als die geistigen Grundlagen des öffentlich-politischen Kampfes zu gewinnen, das sich so viel Willen und Plan inmitten der großen Gefahr erkennen, daß es nicht mehr allzu lange dauern kann, bis die Sozialisten in ihrer Wertschätzung eine Waffe erkennen, deren Schärfe sie vor allem selbst bedauern sollten. Denn wie lange noch, und sie wird sich gegen sie selber kehren? Die zahllosen falschen Geister vernünftigen Materialismus, die sie gerufen haben, langen an, eine wahrlich unerwartete Wirkung zu üben: sie rufen den wirklichen Geist des österreichischen Volkes wach. . . .

Dresden und Umgebung

Sommersanfang

mit gemühterartigen Eindrücken.

Dresden, 21. Juni. Heute um 23 Uhr erreicht die Sonne den nördlichsten Punkt ihrer jährlichen Jahresbahn, den Wendekreis des Krebses. Der längste Tag ist gekommen, und der heroldende Sommer beginnt. Dieomal nicht wie vor Jahresfrist in einer Zeit, die kaum den Namen des Frühlings verdient, die trübe, regnerisch und trübend kühl war, sondern nach einem milden Frühling mit Sonne und zeitweiser Wärme.

Das erfreuliche Witterungsbild der gegenwärtigen warmen Jahreszeit bildet nach mehreren Jahren mit teils kühlem, sehr regnerischem, teils ausgesprochen rauhem Frühling und Vorfrühling eine um so angenehmere Erscheinung, als man nach dem außerordentlich strengen Winter gar nicht darauf hatte rechnen können. Spricht doch auf Grund der Erfahrung von zwei Jahrhunderten die allergrößte Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Sommer um so kühler wird, je härter der vorangegangene Winter gewesen ist. Im Volkssinn ist zwar die gegenteilige Ansicht verbreitet, aber sie ist erwiesenermaßen falsch und beruht ausschließlich auf einer Verwechslung mit der tatsächlich zu verfolgenden Erscheinung, daß auf warme Sommer gern kalte Winter folgen.

Im Wasserwege an den Hafen von Elbing anzuschließen. Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß die Schönheit der Gegend durch die Ausführung dieses Projektes nicht allzu sehr beeinträchtigt wird.

Und dann das zerstückelte Westpreußen! In vier Teile hat man es in Versailles zerlegt, hat rücksichtslos die wichtigsten Lebensadern des Landes durchschnitten. Der kleine Rest, der westlich der Weichsel bei Deutschland verbleibt, ist heute an Ostpreußen angegliedert. Es ist deutscher Kulturland, der einlige Mittelpunkt des deutschen Ostpreußenlandes. Da ist Marienburg, die alte Ordenshauptstadt mit der gewaltigen Burg, dem mächtigsten deutschen Profanbau aus dem Mittelalter und Marienwerder, dessen wichtiger Dom mit dem vorgelegerten Kapitelstuhle sich majestätisch über der Weichselniederung erhebt.

Hier, am vertieften Weichselstrom, treten die Schären und der wirtschaftliche Widerstand der unnatürlichen Grenzziehung im Osten besonders sinnfällig in Erscheinung. Entgegen jeder völkerrechtlichen Praxis und selbst im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages wurde die Grenze von der Vorkonferenz nicht in der Mitte des Flußlaufes, sondern auf dem rechten Ufer festgelegt. Der Hafen von Kurzebrack am rechten Ufer, der Ostpreußen einen Zugang zur Weichsel sichern sollte, fiel damit an Polen. Er liegt heute still und verlassen. Und wie der deutsche Zugang beschaffen ist, das zeigt der an der Hafenzufahrt angebrachte Schlagbaum und die polnische Inschrift, die besagt, daß jeder, der den Hafen benutzen will, einen Ausweis der polnischen Wasserbaubehörde in Dirschau benötigt. Und Dirschau ist über 40 Kilometer entfernt.

Strudelnd mäht die Weichsel ihre schmutzig-grauen Wasser nordwärts. Der verzweifelte Eindruck der Bühnen zeigt, daß Polen kein allgütiges Interesse an der Instandhaltung der

Schiffahrtsstraße hat, die es angeblich als notwendigen Zugang zum Meere brauchte.

In der Ferne der Torso der Mäntelwalder Brücke. Ein als größte Strombrücke Deutschlands mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark errichtet, wird dieser wichtigste Verbindungsweg über die Weichsel heute von Polen unter erheblichen Kosten abgebrochen, um möglichst jeden britischen Besitz zwischen Ostpreußen und dem Korridorgebiet zu unterbinden. So gewährt ein kurzer Rundblick vom Weichseldeich den besten Anschauungsunterricht über den Frieden von Versailles.

Durch grünes Flakland geht die Fahrt, wie ein gestirter Teppich durchwirkt, mit dem leuchtenden Gelb blühender Oelfasseln und durchzogen von den Fäden der Entwässerungskanäle und Deiche. Ein ertagreicher Boden, dessen höhere Gestaltung schon anzeigt, daß er einst in mächtiger Kolonistenarbeit aus dem Sumpf des Weichseldelta geschaffen wurde. In der Ferne taucht der breite, maßige Turm der Marienkirche auf. Danzig ist erreicht.

Wer vermochte sich dem Zauber zu entziehen, den „das nordische Venezia“ ausüben vermag! Traumverloren wandelt man durch die stillen alten Gassen mit der giebelgegliederten Front der geschmackvollen Patrizierhäuser. Der Geist der stolzen Hansestadt ist in diesen Gassen haften geblieben. Er weht noch lebendig durch die Prachträume des Rathauses und die Prunkhalle des Artushofs. Man fühlt sich gleichsam zurückveretzt um Jahrhunderte und ist leicht geneigt, darüber das schwere nationale Schicksal der wider Willen Freien Stadt zu vergessen.

Im Hafen herrscht reges Leben. Schiffe aller Nationalitäten laufen ein und aus. Werften und Docks sind in voller Tätigkeit. Und doch lassen auch auf Danzig schwere wirtschaftliche Sorgen. Der lebhafteste Hafenverkehr darf nicht zu solchen

Schlüssen verführen. An die Stelle der früheren wertvollen Stückgutverkehrs ist mehr und mehr der Umschlag von Massenware getreten, und auch diesen sucht Polen nach und nach über Elbing zu leiten, das mit französischem Kapital zu einem der größten Ostseehäfen ausgebaut wird.

Rechts gleiten die leider so herkömmlich gewordenen alten Befestigungswerte der Westerpforte vorüber; dann geht es hinaus in die offene Danziger Bucht.

In Zoppot nimmt uns wieder die uns so vertraut gewordene „Hansestadt Danzig“ an Bord unter den jüdelnden Befestigungsfundgebungen der Bevölkerung und den Klängen des Danziger Landliedes, das eine Kapelle der Danziger Schutzpolizei auf der Landungsbrücke spielt. Dr. Otto Fecher.

Jahresfest. Im Kongresssaal konzertieren an einigen aufeinanderfolgenden Abenden die Kuban-Rosinen. Der gestrige Abend gab von dieser russischen Sängerschaft ein festliches Bild. Der etwa 25 Sängere Chor steht unter der ausgezeichneten und feinfühligem Leitung von Leonid Zwanoff. Auch bei dieser russischen Vokalvereinigung interessiert das Material in starker Weise. Die Harmonisierung bestreitet bestechende Tendenz, die mit Leichtigkeit die höchsten Register erklimmen und durch die feinspieligen Partikularitäten auffallen, und modtvolle, tiefgründige Bässe, die orgelartig den Chorklang tragen. Die Mittelstimmen haben an Klangwirkung etwas nach. Die Schaltung ist hervorzuheben, so daß die Führung der einzelnen Stimmen einen produktiven Eindruck erwirkt und die dynamischen Schattierungen durch Farbenreichtum prunten. Wertvoll ist auch die Musikalität der einzelnen Sänger. Einem hochartigen Piano steht ein machtvolles, ein Orgelklang erinnerndes Forte gegenüber. Der Weisfall war sehr hoch, aber der Reich der sehr schwach. Es steht zu erwarten, daß der große künstlerische Erfolg den folgenden Abenden den nötigen Aufbruch sichern wird. Als interessantes Seitenstück zu den Don-Kosaken sollte man sich die Bekanntmachung der Kuban-Rosinen nicht entgehen lassen. —

Ein verdienter Stenographenföhre

Dresden, 21. Juni.

Am 21. Juni vollendet Regierungsrat a. D. Prof. A. H. L. ... an verschiedenen höheren Schulen in Varel und Olsch war, ist einer der bedeutendsten Führer der sächsischen und deutschen Stenographischen Bewegung, in der er auf wissenschaftlichen, praktischen und propagandistischen Gebieten gleich erfolgreich gewesen ist.

Freihalten der Feuerhohle. Die im Straßensicherheitsdienst aufgestellten Feuerhohle, deren Lage durch die an den Grundstücksfronten angebrachten Schilder mit dem Buchstaben F besonders gekennzeichnet ist, sind zur Sicherung der schnellsten Auffindung und Inanspruchnahme bei Feuergefahr jederzeit freizubehalten.

Wieder ein Unfall am Bahnübergang

Birna, 21. Juni.

Donnerstag morgen, kurz vor 7 Uhr, ließ an einem schrankenlosen Bahnübergang der Strecke nach Gottleuba eine Lokomotive mit einem Lokomotivzug zusammenstoßen. Da der Führer den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen konnte, gab er Vollgas, um wenigstens mit dem Vorderwagen über die Schienen zu kommen, um nicht selbst überfahren zu werden.

Uralte Nieseneichen in der Elbe. Seit langem hat man beobachtet, daß auf dem Sand- und Schlemmgründe der Elbe uralte Eichenstämme stromaufwärts schwimmen, die im Sommer vom Wasser im Winter vom Eis getrieben werden.

Wunderbare Rettung. Als der Zugmaschinenführer Schulte im Stadtteil Weida (Ries) mit seiner schweren Zugmaschine und einem mit etwa 100 Zentner schweren beladenen Anhängerwagen den Seidenberg hinabfuhr, brach plötzlich die Bremse des Wagens. Dem Maschinenführer war es auf der abschüssigen Straße nun nicht möglich, seinen Transportzug zu halten.

275 Jahre Dresdner Kaufmannschaft

75 Jahre Handelslehranstalt — Die Jubelfeier

Dresden, 21. Juni.

Das Jahr 1929 ist für die Dresdner Kaufmannschaft im zweifachen Beziehung ein Jubeljahr. Es ist die Kaufmannschaft selbst, die in der Geschichte ihrer Entwicklung an einem Jubeljahr angelangt ist, und es ist außerdem ihre Schöpfung, die Handelslehranstalt, deren Werdegang ebenfalls zu einem Jubeljahr geführt hat.

Die Jubelfeier der Handelslehranstalt begann am Mittwoch mit einem Begrüßungsabend im großen Saal der Dresdner Kaufmannschaft; zu ihm hatten geladen die Vereinigung ehemaliger höherer Handelschüler zu Dresden und die Vereinigung ehemaliger Schüler der Oessentlichen Höheren Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft.

Der Festakt

Der Festakt wurde mit dem Krönungsmarsch aus den Follhörnern, gespielt vom Schulorchester unter Leitung von Studienrat Gahler, eingeleitet. Dann sprach Generalhonrat Kommerzienrat Mittasch: Die wirtschaftliche Not habe die Kaufmannschaft davon Abstand nehmen lassen, diesen Jubeltag durch besondere Feier zu bezeichnen.

Leipzig und Umgebung

Zur Behämpfung der Verfallener Kriegsschuldfrage

Leipzig, 21. Juni.

Wie in vielen anderen Städten Deutschlands, soll auch in Leipzig anlässlich der 10jährigen Weidenerlei des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages eine große Volkskundgebung stattfinden, die in erster Linie einen Protest gegen die Rüge von der deutschen Schuld am Weltkriege darstellen soll.

Verwilderung der Zahlungslisten

Leipzig, 21. Juni. Die Industrie- und Handelskammer Leipzig schreibt uns: Mannigfache Beobachtungen lassen leider erkennen, daß die schwierige Wirtschaftslage teilweise zu einer gefährlichen Verwilderung der Zahlungslisten geführt hat, die mit dem alten Ruf deutscher Kaufmännischer Vertragstreue nicht

zu vereinbaren ist. Ueberschreitung der vertraglich vereinbarten Zahlungsziele, unberechtigte Skontoabzüge, unzulässige Abrechnung der Rechnungsbeträge u. a. sind bedauerliche Ergebnisse der wirtschaftlichen Krise, die hierdurch umso schärfer und drückender wird.

Der Begegnung der Handelslehranstalt, Kommerzienrat Dreßler, begrüßte die vielen Gäste und Ehrenmitglieder. Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda, Geheimrat Ministerialdirektor Dr. Hedrich, Ministerialdirektor Dr. Klein, die Vertreter der sächsischen Behörden, der wirtschaftlichen Organisationen, der Dresdner und Leipziger Hochschulen u. a. m.

Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda erklärte, das Wirtschaftsministerium habe stets die Entscheidung der Schule mit Interesse und großer Freude verfolgt; als Zeichen der Anerkennung habe es die Summe von 2000 RM. deren Zinsen für den freien Aufenthalt würdiger Schüler in dem Schullandheim dienen sollen.

Coöperationsdirektor Prof. Dr. Thümmel dankte im Namen der Schüler für die guten Wünsche und spendenden Worte für die dargebrachten Stiftungen und Geschenke und gelobte, weiterhin mit allen Kräften um die Weiterentwicklung der Handelslehranstalt bemüht zu bleiben.

Austritt aus der R.F.D.-Opposition. In der Mittwoch-Abendversammlung erklärte der frühere kommunistische Stadtparsonatsrat, der nach der kommunistischen Opposition angetreten, er trete zur Sozialdemokratie zurück.

Starke Hitze in Leipzig. Am Donnerstag zwischen 13 und 16 Uhr sind in Leipzig die 31 Grad Celsius im Schatten gemessen worden. Schon am Morgen um 8 Uhr wurden 21,5 Grad im Schatten festgemessen.

Sturz vom Pangerüst. Donnerstag vormittag stürzte auf einem Neubau im Panger Rüstwerk ein 19 Jahre alter Arbeitermann vom dritten Stockwerk in die Tiefe. Er erlitt einen Wirbelsäulenbruch, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gedächtnisfeier

für Henriette Sonntag

Der Hitzener Gesichts- und Museumsverein hat am Sonntag einen Studienausflug nach Marienthal unternommen, um dort eine Gedächtnisfeier für die einst vielgeliebte Henriette Sonntag, deren ausführliches Lebensbild wir in der letzten Sonntagsnummer brachten, zu halten.

Die Teilnehmer der Studienfahrt besuchten zunächst unter fachkundiger Führung die St. Michaelskapelle, wo Direktor i. R. Dr. Laute das Wort zu einer ebenso fesselnden als inhaltreichen Gedächtnisrede ergriff. Mit liebevoller Hingebung zeichnete er ein umfassendes Bild von dem persönlichen und künstlerischen Werdegang der vergötterten Dichterin, die als fünfjähriges Kind erstmalig und erfolgreich die Bühne betrat, als fünfzehnjährige bereits bejubelt und als bald zur gefeierten Primadonna wurde.

Am Montagabend fand in Marienthal eine öffentliche Feier zum Gedächtnis an Henriette Sonntag statt. Es war ein überaus stimmungsvoller Abend. Tagsüber hatte es geregnet, Alles war erfrischt. Der Klosterhof lag im herrlichsten Frühlingsdunst.

Zudrang wehren. Hunderte mußten vor der Kapelle aufgestellt nehmen. Leider! Man hätte allen gern den Zutritt gestattet. Das Innere des Gotteshauses ist stimmungsvoll geschmückt. Grüne Weiden an den Wänden, brennende Kerzen auf den Altären und am Eingange zur Gruft. Elektrisches Licht überleuchtet in mäßiger Stärke die herrliche Menge.

Ein dreistimmiger Frauenchor, Ave Maria von Witterer, von den geistlichen Jungfrauen des Klosters gesungen, wirkte wie ein Sang aus der Höhe auf die andächtig lauschende Gemeinde. Darauf folgte Herr Dr. Laute dem Kranz aus edelstem Metall, den ein der Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz der großen Sängerin geweiht hatte, einen Vorbesten hinzu.

Ein feierliches Requiem, das am folgenden Tage in der Michaelskapelle für die Seelenruhe der Verstorbenen gehalten wurde, war wieder von einer großen Zahl Andächtiger besucht. Die Gruft, die an den Gedankenan durch Kerzen und Lampen freundlich erleuchtet und mit Blumen und Wappsteinen geschmückt war, wurde von Hunderten besucht.

Johannisblumen und Johannistag

Mit dem Johannistag werden mancherlei Blumen in Verbindung gebracht, was sich rein äußerlich schon dadurch zeigt, daß viele Pflanzen nach dem Johannistag benannt sind, wie Johanniskraut, Johannisbeere und zahlreiche andere. Aller-

dinas stehen manche dieser Pflanzen nur ganz lose mit dem Johannesfest in Verbindung und tragen ihren Namen nur, weil sie gerade um diese Zeit herum im schönsten Flor stehen. So heißt der zweite Baumtrieb in vielen Gegenden offenbar nach dem Johannistag, weil er um Johannistag austreibt.

Leipziger Sender

Sonntagabend, den 22. Juni:

- 11.00 Uhr: Anlässlich der 150-Jahresfeier des National-Theaters in Mannheim Uebertragung des Festaktes im Ritterhof des Schlosses Mannheim. Vortrag: Generalintendant Prof. Leopold Lehner, Berlin.
- 12.00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- Nach dem Rauner Zeitweisen Schallplattenkonzert.
- 13.45 Uhr: Glückwunschkonzert.
- 14.00 Uhr: Funkweihnachtsnachrichten.
- Anschließend: Schallplattenkonzert.
- 15.00-15.50 Uhr: Tafelstunde für die Jugend.
- 16.00 Uhr: Praktische Rechtskunde.
- 16.30 Uhr: Kurkonzert Bad Dürrenberg a. d. S. Stadt, Orchester, Weihenstephan a. d. S. Dirigent: Musikdirektor F. Thiede.
- 18.00 Uhr: Funkweihnachtsnachrichten.
- 18.05 Uhr: Funkballstunde.
- 18.20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 18.30 Uhr: Vektor Claude Gramer, G. v. Esferen: Französisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18.55 Uhr: Arbeitsnachweise.
- 19.00 Uhr: Das Erwachen der Frauen ferner Bölkner.
- 19.50 Uhr: Zum 70. Geburtstag Heinrich Schreyer.
- 20.15 Uhr: Lustiger Abend.
- 22.00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagprogramms und Sportfunk.
- Anschließend bis 00.30 Uhr: Tanzmusik.

Handels- u. Wirtschafts-Zeitung

Eine Großbank-Stimme über den Young-Plan

Skeptische Beurteilung durch die Disconto-Gesellschaft.

In sehr klar aufgebauten und sachlich-kritischen Ausführungen nimmt die Direktion der Disconto-Gesellschaft, Berlin, in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht Stellung zum Young-Plan. Wir entnehmen den Ausführungen folgende Feststellungen:

Es war eine der wichtigsten Erkenntnisse und Fortschritte des Dawes-Planes gewesen, wenn in ihm zum erstenmal völlig klargestellt wurde, daß Deutschland nur aus wirklichen Überschüssen seiner Wirtschaftsbilanz Zahlungen an das Ausland leisten könne. Wir müßten unsere Entschlüsse nicht nur auf wirtschaftliche, sondern in gewissem Umfange auch auf politische Erwägungen gründen. Man wird gut tun, bei jeder wirtschaftlichen Kritik des Young-Planes sich dieser wichtigen Einschränkung zu erinnern, wie überhaupt sich vor Augen zu halten, daß das Problem der deutschen Kriegsschuldung trotz aller wirtschaftlichen Bedeutung und Wirkungen stets ein hochpolitisches bleiben wird.

Die Sachverständigen glauben mit Sicherheit, mit einer fortschreitenden Steigerung des deutschen Wohlstandes rechnen zu können, die sich nicht nur aus dem wachsenden Volkvermögen des eigenen Landes, sondern auch aus dem ständigen Fortschritt des allgemeinen Wohlstandes der Welt ergeben würde. Sie haben dieser Zunahme des Wohlstandes Deutschlands durch eine allmähliche Steigerung der Annuitäten Rechnung tragen wollen. Richtiger wäre es gewesen, die augenblickliche Schwäche Deutschlands zu betonen und aus ihr die Notwendigkeit abzuleiten, die unmittelbar bevorstehenden Jahre weit niedriger zu belasten als die fernere Zukunft. In dem Zahlungsplan ist diese anfängliche Schonung Deutschlands in die Form gekleidet, daß die Annuitäten mit 1700 Mill. Rm. beginnen und erst nach Ablauf des ersten Jahrzehnts die 2 Milliarden-Grenze überschreiten. Die Sachverständigen sind der Ansicht, mit dieser Staffelung die Schwierigkeiten der inneren Aufbringung für Deutschland außerordentlich gemildert zu haben. Nach ihrer Auffassung setzen die Zahlungen auf einer Höhe ein, bei der sich im Vergleich zu der jetzigen Dawesbelastung für den deutschen Haushalt, die deutsche Währung und das Bedürfnis Deutschlands nach eigener Kapitalbildung bedeutende Erleichterungen ergeben. Sie sehen darin auch eine weitgehende Sicherheit dafür, daß das neue System von Anfang an ohne Reibung und Störung arbeiten werde.

Gerade wenn man das Problem der inneren Aufbringung als ein solches des Ausgleichs der deutschen Kapitalbilanz ansieht, wird man diesen Optimismus nicht teilen können. Für ein Land, das sich infolge seiner unzulänglichen Kapitalausstattung in derartigem Umfange zur Kapitaleinfuhr gezwungen sieht, bedeutet die Verminderung des jährlichen Kapitalverlustes von 2,5 auf 1,8 Milliarden Rm. nicht allzuviel. Das schließt nicht aus, jede weniger zu zahlende Million als einen überaus erwünschten Gewinn zu betrachten und den mit der Entlastung von 700 Mill. erreichten Fortschritt als solchen hoch anzuerkennen. An dem Maß unserer Kapitalnot gemessen, bleibt die Entlastung unzulänglich. — Die sonstigen Bestimmungen des neuen Plans bringen zunächst keine Erleichterung für die Aufbringung der verlangten Zahlungen. Der Wegfall der Kontrolle über die Reichsfinanzen, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Reichsbank und Reichsbahn sind politisch hoch erfreuliche Tatsachen, eine materielle Hilfe bedeuten sie nicht. Wie weit eine solche aus der Tätigkeit der internationalen Bank entspringen wird, etwa im Wege einer Förderung des deutschen Exportes oder einer Erleichterung unserer Kreditlage, läßt sich noch nicht übersehen. Alles in allem kann die eintretende Entlastung nicht darüber wagtäuschen, daß eine schwer drückende Bürde übrig bleibt, die vor allem die Beseitigung der deutschen Kapitalnot nicht zulassen wird.

Der Reichshaushalt 1928

Das endgültige Ergebnis.

Nach dem soeben veröffentlichten Ausweis über die Reichseinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1928 haben die tatsächlichen Einnahmen des ordentlichen Haushalts den Voranschlag um rund 55 Mill. überschritten. Die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben erreichten 9,02 Milliarden Mark, während der Gesamtanschlag nur auf 8,86 Milliarden Mark lautete. Die Ausgaben blieben mit 10,23 Milliarden Rm. sogar noch um rund 10 Millionen Mark unter dem Voranschlag, obwohl der Posten Versorgung und Ruhegehälter einschließlich der Kriegsbeschädigtenrenten um 72 Millionen stärkere Lasten aufwies.

Sehr viel ungünstiger ist das Bild des außerordentlichen Etats, der um 904 Millionen Rm. größere Ausgaben als vorgesehen verzeichnet. Allerdings steckt in dieser Ziffer bereits ein vorjähriges Defizit von 465 Millionen Mark. Bemerkenswert ist das Ansteigen

der Ausgaben für Sitzung der Reichsanleihe etc., das allein ca. 100 Millionen ausmacht. Ausschlaggebend war für die Ausgabe Seite natürlich das Darlehen für die Arbeitslosenversicherung, das Ende März d. J. bereits 259,8 Millionen Rm. erreichte. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß für Wohnungs- und Siedlungswesen statt der vorgesehenen 105 Millionen Rm. nur 64,3 Millionen Rm. ausgegeben wurden. Auf der Einnahmenseite weist der außerordentliche Etat nur den Eingang von 216,8 Millionen Rm. auf, während man auf 870,4 Millionen Rm. gerechnet hatte, allerdings gründeten sich diese Erwartungen zum allergrößten Teil auf die Hoffnung, daß man längerfristige Schatzanweisungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von 723,6 Millionen Rm. ausgeben könne, während man nur für 100,5 Millionen Rm. untergebracht hat. Die schwabende Schuld betrug am Ende des Etatsjahres 990,0 Mill. Rm., während die gesamte Reichsschuld auf 7,94 Milliarden Rm. angewachsen ist.

Holländisches Kapital für deutschen Straßenbau?

Zwecks Finanzierung des Baues von Asphaltstraßen im Ausland ist, wie uns gemeldet wird, in Amsterdam die N. V. Financiering Maatschappij voor Buitenlandischen Wegenbouw gegründet worden. Beteiligt sind an der Gründung die Nederlandse Handel Maatschappij, die Firma Mendelssohn & Co. in Amsterdam, die Rhodius Koenigs Handelsmaatschappij in Amsterdam und die Londoner Bankfirma Higginson & Co., die bekanntlich eine Tochtergesellschaft des gleichnamigen amerikanischen Bankhauses ist. Das Aktienkapital der Finanzierungsgesellschaft beträgt 5/16 Mill. Gulden, wovon bei der Gründung 1,05 Mill. übernommen und voll eingezahlt worden sind.

In diesem Zusammenhange sei an das längst erwähnte Auslandsanleiheprojekt für den Straßenbau in Deutschland erinnert. An der Aufbringung der in diesem Projekt vorgesehenen Auslandsanleihen sollte bekanntlich neben anderen amerikanischen Banken auch die Firma Lee Higginson & Co. mitwirken, die sich nunmehr durch ihre Londoner Tochtergesellschaft an der Gründung des holländischen Finanzierungsinstituts beteiligt hat.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt

Die Landwirtschaft nimmt — nach früheren Schätzungen des Institutes für Konjunkturforschung — jährlich für etwa 4 Mrd. Rm. Industrieerzeugnisse auf (je etwa zur Hälfte Produktionsmittel und Konsumgüter). Dieser Teil des Industrieproduktes, der von den Kräften der Industrie konjunktur verhältnismäßig wenig berührt wird, gewinnt bei der gegenwärtigen depressiven Lage der Landwirtschaft an Bedeutung. Auch auf dem Arbeitsmarkt tritt gegenwärtig die Landwirtschaft besonders stark hervor. Während sich nämlich die saisonmäßige Zunahme der industriellen Beschäftigung ihrem Höhepunkt nähert, nimmt die Landwirtschaft auch weiterhin noch Arbeitskräfte in verhältnismäßig großem Umfange auf.

Diese Entwicklung der Arbeitsmarktlage in den überwiegend agrarischen Gebieten weicht ganz wesentlich von der Entwicklung zum Monatschluß eine Zunahme des Beschäftigungsgrades in flottem Tempo, da die landwirtschaftlichen Bestellungsarbeiten in diesem Jahre später erfolgten als in früheren Jahren. Das Konjunkturinstitut rechnet auch in den nächsten Monaten bis zum Höhepunkt der Erntearbeiten mit einem zunehmenden Arbeitsbedarf der Landwirtschaft, und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit der agrarischen Gebiete auf ein Minimum.

Berliner Produkten-Börse

Berlin, 20. Juni. (Eigener Bericht.) Die Gerüchte über den Fortgang der Beratungen der sogenannten Sachverständigenkommission verwirren das Getreidegeschäft so vollständig, daß man allermeist nur bemüht bleibt, laufende Engagements zu erledigen, und sich von neuen Nachlässen allermeist zurückhält. Beim Weizen war die Festigkeit Amerikas, für welche die angehenden Gerüchte wenig plausibel waren, mit ausschlaggebend für die Steigerung der Strohpreise, während für Julweizen die Zurückhaltung der ersthandigen Verkäufer die Deckungsfrage vermehrt. Im Anschluß an Amerika waren auch die argentinischen Forderungen erhöht. Beim Roggen erstreckte sich die Preissteigerung noch mehr als beim Weizen auf September, der zeitweise bis 5 M. anzog, während Juli nur etwa 1 M. gewann. Vom Inlande ist das Angebot im Durchschnitt auch heute nicht groß gewesen, doch zeigte sich besonders von Hinterpommern etwas mehr Material. Hafer blieb stetig. Angebot aus der Provinz ist vorhanden, Forderungen sind aber unnachgiebig; Lieferung fest. Im Mehlgewerbe war mehr Umsatz, doch waren höhere Preise nur schwer durchzusetzen.

Wöchentliche Preisnotierungen, Berlin 20. 6. 1928

Preise in Goldm. Für Getreide u. Cerealien p. 1000 kg, sonst p. 100 kg ab Station	
Weizen, märk.	218-219
Roggen, märk.	191-192
Gerste	178-182
Bräunlinge	178-182
Putzgerste	178-182
Wintergerste	178-182
Hafer, märk.	178-182
Malz, märk.	178-182
Weizenmehl fr. Berl.	24,78-28,60
Roggenmehl fr. Berl.	22,80-27,76
Weizenkleie fr. Berl.	11,60-11,76
Roggenkleie fr. Berl.	11,60-12,00
Raps	—
Leinöl	—
Erbsen, Vikt.	40,00-41,00
Erbsen, kleine	38,00-39,00
Futtererbsen	31,00-32,00
Felschen	28,00-29,00
Arkebohnen	31,00-32,00
Wicken	27,00-28,00
Linsen, blau	18,00-19,00
Linsen, gelb	28,00-30,00
Sesam	—
Rajakurben	18,60-19,60
Leinöl	21,00-21,60
Trockenschmalz	10,78-10,78
Roya-Schrot	18,00-18,60
Kartoffelstock	18,30-18,30

Tendenz: Weizen, Roggen fest — Gerste ruhig — Hafer fest — Weizenmehl ruhig — Roggenmehl begehrt — Weizenkleie, Roggenkleie ruhig.

Handelsrechtliche Lieferungsverhältnisse
Weizen: Juli 226-227 u. Gold — September 240,60-208.
Roggen: Juli 203-204 — September 216-217.
Hafer: Juli 189 — September 190-198-197,78.

Getreide und Vieh in Chikago 20. 6. 19. 6.

Ware	20. 6.	19. 6.
Weizen		
für Juli	111,75-112 —	109,00-109 1/2
für September	116 1/2-116,75	113,75
für Dezember	121,25-121 3/4	118 1/2-118 3/4
Malz		
für Juni	92 3/4	92 3/4
für September	93 1/2	92,50
für Dezember	89,50	89 1/2
Hafer		
für Juli	44 3/4	44 3/4
für September	43 3/4	43 3/4
für Dezember	46 3/4	46 —
Roggen		
für Juni	86 3/4	84,25
für September	80,75	87,50
für Dezember	94 3/4	92 —
Schmalz		
für Juli	11,77,50	11,75
für September	12,10	12,10
für Oktober	12,25	12,25,50
für Dezember	12,25	12,22,50
Rippen		
für Juli	13,25	13,25
für September	13,60	13,55
für Dezember	—	—
Speck	13,50	13,50
Leichte Schweine niedrigster Preis	10,50	10,80
do. höchster Preis	11,30	11,50
Schwere Schweine niedrigster Preis	10,40	10,70
do. höchster Preis	11 —	10,25

Von Pfandbriefen wurden noch folgende Serien notiert:
4 Proz. Landw. Kreditbriefe Serie 33 6,75 G., Ser. 34 6 G., Ser. 35 3,75 Br., Ser. 36 4,5 Br., Ser. 37 2,5 G., Ser. 38 2,5 G., Ser. 39 1,6 G., Serie 40 1,6 G., Serie 41 0,5 G., Serie 42 0,4 G., Ser. 43 0,1 G., 4 Proz. Landw. Kreditbriefe Serie 20 11,1 G., 3,5 Proz. dgl. Ser. 23 und 25 11,1 G.

Junge Aktien: Vereinigte Strohhalt 25%, Einz. 200,5 bis 210, Zwickauer Kammgarn 160, Feistrom 152,28, Polyphon 425, Mimosa 261, Brockwitz 105, M. Teichert 116, Sachsenwerk 101.

Nichtamtliche Werte: Bautzner Stanz- und Emailierwerk 10, Frenzel & Lein 44, Goldbach 40, —, Görlitzer Waaren Stamm 50, Görlitzer Waaren Vorzug 74,50, Hünlich, C. T. 62,50, Hütchenreuther, Lorenz —, Janke & Co. 3, Mönkner & Co. 28, Phänomen 56,50, Societätsbrauerei Zittau 180, Windschild & Langloist 38,75, Weißthaler 70, Wold, Schmidt 38,5, Grumbach 10, Nowack 55.

Devisen-Kurse der Börse zu Berlin (in R.-M.)

Land	20. 6.	19. 6.
Buenos Aires	1,781	1,786
Canada	4,154	4,102
Japan	1,040	1,042
London	2,028	2,024
London	20,307	20,302
New York	4,188	4,196
Rio de Janeiro	0,400	0,400
Amsterdam	160,22	160,17
Alban	6,418	6,436
Brazel	86,13	85,118
Olo	111,00	111,66
Danzig	81,18	81,14
Helsingfors	10,827	10,847
Italien	21,91	21,918
Jagoslawien	7,207	7,211
Kopenhagen	111,88	111,83
Lissabon	18,78	18,73
Paris	10,38	10,278
Prag	18,404	18,398
Schweden	80,89	80,828
Sofia	3,027	3,027
Spanien	60,28	60,12
Stockholm	112,22	112,10
Tripolis	72,00	72,00
Wien	85,848	85,88

Pfand-Dollar, Pao, Yen, Nitro je 1 Einb., die übrigen Werte je 100 Einheiten.

Dresdner Börse

Artikeln für 100 Mark Nennwert	20. 6.	19. 6.
Aktienkurse in Reichsmark.	—	—

Deutsche Staatspapiere

Artikeln	20. 6.	19. 6.
4 D. Witt. R. v. 50	92	92
4 R. D. R. v. 27	96,8	96,8
4 S. Staats-Anl. 27	76,7	76,8
7 S. R.M.-Sch. 1	99,75	99,75
7 do. 2	98,6	98,6
4 Landesanleihe	98,7	98,75
Rat.-Schuld m. Aus.	10,5	10,5
do. ohne Aus.	10,8	10,5
D Schutzg.-Anl.	4,8	4,8

Schuldverschreibungen

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Goldhyph.	1	76,5
do.	2	10,5
do.	3	10,75
do.	4	10,75
do.	5	10,75
do.	6	10,75
do.	7	10,75
do.	8	10,75
do.	9	10,75
do.	10	10,75
do.	11	10,75
do.	12	10,75
do.	13	10,75
do.	14	10,75
do.	15	10,75
Landw. Goldsch.	2	87,2
do.	3	87,2
do.	4	87,2
do.	5	87,2
do.	6	87,2
do.	7	87,2
do.	8	87,2
do.	9	87,2
do.	10	87,2
do.	11	87,2
do.	12	87,2
do.	13	87,2
do.	14	87,2
do.	15	87,2

Eisenbahn- und Transport-Aktien

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Dach. E.R. Gasellach.	76	77
Speicherei Riesa	74,9	74,9
Ver. Ribschiff-Ges.	—	37

Bank-Aktien

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Allg. Dt. Kred.-Inst.	121	120
Braubank	173	172
Com.- u. Priv.-Bank	187	187
Darmstädter	27	—
Deutsche Bank	172	171,5
Disconto	1,62	1,62,23
Dresdner Bank	161	160,5
Dresdner Handelsb.	141	141
Leipz. Hypoth.-Bank	12	12,75
Reichsbank	378,5	378
Sächsische Bank	108	108,5
S. Boden-Kredit.	158,5	157

Papier-, Papierstoff- und Photogr.-Artikel-Aktien

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Dresdner Chromo	95	95,5
Heldensauer Papier	63	60
Mimosa	285	282,5
Peniger Patent	90	90
Thode Papier	85	85
Bautzner Papier	77,25	78,5
V. Fabrik phot. Pap.	2,5	2,0
do. Gen.-Scheine	3,5	3,5
Strohstoff-Fabrik	214	214
Weißbrenn. Papier	90	90
Zellulose	100,25	100
Zellstoff-Verein	112	113

Maschinenfabrik- und Metall-Industrie-Aktien

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Loschwitz Karl	56,5	56
Schnellpressen	115	115
Strickmaschinen	69	60
Elbwerke	44	41,75
Escher	41	41,75
Ferret	40	40
Göbler-Werke	47	47
Großhain Webst.	115,5	115
Carl Hamel	117	117
Hilfswerke	—	—
Max Kobi	98,5	98
Phönix	31	31
Reckstrof	100	100

Sächsische Brauereien, Gärstoff- und Döhlerei

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Sächsische Brauereien	10,25	10,25
Gärstoff	—	—
Döhlerei	—	—
Hartmann	—	—
Schubert	105	105
Schubert & Salzer	309	309
Sondermann & Siler	170	170
Gabr. Dinger	89	89
Union-Werke	38	38
Union Döhl.	96	96
Verein. Eschebach	10	10
V. Metall Hall	47	47
Zitauer Maschinen	100	100

Elektr. Unternehmungen-Aktien

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Bergmann	221	221
Elektra	109,5	109,5
Gasv. Ostschlesien	119,5	119,5
Gasv. Westschlesien	137,5	137,5
Kraftwerk Thüring.	170	170
Pöge	67,5	67,5
Sachsenwerk	109	108
Sächsische Elektr.	151	151
Thür. Elektr.-Werk	175	175

Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabriken

Artikeln	20. 6.	19. 6.
Corona	40	40
Extrap	70,5	70,25
Mähli	18	16

